



Gerecht, nachhaltig und zukunftsorientiert

Forderungen an den 21. Deutschen Bundestag zu Politik für junge Menschen und nachfolgende Generationen in Deutschland

BK 2025-1-1

Die Bundeskonferenz der Kolpingjugend Deutschland stellt folgende Forderungen an den 21. Deutschen Bundestag, sowie die Koalitionsverhandlungen führenden Parteien.

Die Kolpingjugend Deutschland ist ein demokratischer, offener und toleranter Jugendverband. Wir setzen uns aktiv für eine Gesellschaft ein, die auf demokratischen Werten basiert und die Grund- sowie Teilhaberechte aller Menschen schützt – unabhängig von Herkunft, Religion, sexueller Orientierung, Geschlecht oder Behinderung. Unsere Überzeugungen gründen auf dem Grundgesetz als Fundament der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und unserem christlichen Glauben. Dies verpflichtet uns, jeden Menschen in seiner Einzigartigkeit wertzuschätzen, seine Potenziale und Talente zu erkennen und ihn als Geschöpf Gottes zu respektieren.

Daher appelliert die Kolpingjugend Deutschland an die demokratischen Parteien im 21. Deutschen Bundestag, eine gerechte und zukunftsorientierte Politik für junge Menschen und nachfolgende Generationen zu gestalten – insbesondere mit Blick auf die laufenden Koalitionsverhandlungen und dem bevorstehenden Koalitionsvertrag. Dabei fordern wir eine der Gesellschaft entsprechenden Geschlechterparität in Regierungsgremien.

Für die Kolpingjugend Deutschland beinhaltet eine gerechte und zukunftsorientierte Politik für junge Menschen und nachfolgende Generationen folgende Elemente:

Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit für junge Menschen

Eine gerechte Politik für junge Menschen und nachfolgende Generationen muss soziale Ungleichheit abbauen und eine Gesellschaft schaffen, in der alle Menschen unabhängig von Herkunft, Religion, sexueller Orientierung, Geschlecht, Behinderung, äußerem Erscheinungsbild oder anderer Lebensbedingungen gleiche Chancen auf Teilhabe haben.

Um eine chancengerechte und teilhabevolle Gesellschaft zu gewährleisten, braucht es gezielte Maßnahmen:

Kinderrechte im Grundgesetz verankern: Kinder verdienen besondere Schutz-, Förder- und Beteiligungsrechte, die über das allgemeine Gleichheitsgebot hinausgehen.¹ Um eine konsequente Berücksichtigung dieser Rechte in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung zu gewährleisten, müssen sie explizit im Grundgesetz verankert werden. Dadurch wird die Basis für ein umfassendes Beteiligungsrecht für Kinder und Jugendliche in allen sie betreffenden Angelegenheiten sowie die vorrangige Berücksichtigung des Kindeswohls gemäß der UN-Kinderrechtskonvention geschaffen.

Soziale Absicherung stärken: Jedes siebte Kind in Deutschland ist von Armut betroffen. Armutsbetroffene Kinder und Jugendliche müssen nicht nur auf Freizeitaktivitäten verzichten und Abstriche in ihrem sozialen Leben machen, sie haben auch schlechtere Bildungs- und damit Aufstiegschancen²³ sowie ein erhöhtes Risiko

für gesundheitliche Probleme. Das hat sogar eine niedrigere Lebenserwartung zur Folge.⁴ Junge Menschen dürfen nicht aufgrund finanzieller und/oder sozialer Umstände in Entwicklung benachteiligt werden. Alle müssen die Möglichkeit haben, ein gesundes und erfülltes Leben zu führen. Deshalb braucht es eine bedarfsgerechte und zukunftsichere Kindergrundsicherung!

Weiterhin ist auch eine Anhebung des Mindestlohns entsprechend der EU-Mindestlohn-Richtlinie notwendig. Dieser muss auch für Jugendliche, Menschen mit Behinderung, Langzeitarbeitslose und Auszubildende gelten. Ferner muss Care-Arbeit mehr Anerkennung und staatliche Unterstützung finden.

Sicherstellung eines freien und diskriminierungsfreien Zugangs zu kulturellen, sportlichen und sozialen Angeboten: Soziale Infrastruktur ist essenziell für die Persönlichkeitsentwicklung und gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen.⁵ Daher muss eine nachhaltige und auskömmliche Finanzierung dieser Einrichtungen durch eine Kombination aus kommunalen Mitteln, Länderförderungen und einer Aufstockung des Kinder- und Jugendplans des Bundes umgesetzt werden.

Klimagerechtigkeit: Eine lebenswerte Zukunft für junge Menschen sichern

Die Klimakrise ist zugleich eine Krise der sozialen Gerechtigkeit.⁶ Besonders betroffen sind neben einkommensschwachen Bürger*innen auch junge Menschen. Sie müssen über einen längeren Zeitraum mit den ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Klimawandels leben und sind oft weniger in der Lage, sich finanziell oder sozial abzusichern.

Um eine klimagerechte Gesellschaft zu gewährleisten, braucht es gezielte Maßnahmen:

Förderung nachhaltiger Mobilität: Eine moderne Verkehrspolitik mit dem Ziel einer Verkehrswende bedeutet eine klare Priorisierung von Investitionen in die Modernisierung der Bahn

sowie den Ausbau und Erhalt des öffentlichen Personennah- und Fernverkehrs. Zudem braucht es den Ausbau nachhaltiger Mobilitätsangebote wie z. B. Fahrradinfrastruktur, Fußwege und gemeinschaftlich genutzte Verkehrsmittel. Insbesondere für junge Menschen ist Mobilität ein Schlüssel für Bildung, neue Erfahrungen und die Entwicklung ihrer Kompetenzen. Daher ist der Beibehalt eines kostengünstigen Ticketangebots (Deutschlandticket) für alle jungen Menschen in ihren verschiedenen Ausbildungsformen essenziell.

Klimaziele sicher einhalten: Der schrittweise und schnellstmögliche Ausstieg aus allen fossilen Energien muss das zentrale Ziel bleiben. Nur so sorgen wir für eine generationengerechte Zukunft.

Stärkung der Bildungsarbeit und Förderung einer vielfältigen Gesellschaft

Eine gerechte Politik für junge Menschen und kommende Generationen bedeutet, Bildungsarbeit zu stärken und gesellschaftlichen Zusammenhalt, Vielfalt und Toleranz zu fördern. Populismus und Rechtsextremismus dürfen weder in Parlamenten noch in der Gesellschaft Raum finden. Weder einzelne Menschengruppen noch demokratische Prozesse und Institutionen dürfen herabgewürdigt oder angegriffen werden.

Um eine offene und respektvolle Gesellschaft zu gewährleisten, braucht es gezielte Maßnahmen:

Ausbau der Bildungsstrukturen: Um jungen Menschen eine stabile Zukunftsperspektive zu bieten, braucht es mehr Fachkräfte, bessere Übergänge zwischen sozialen Einrichtungen und Bildungseinrichtungen sowie eine stärkere Vernetzung innerhalb des Bildungssystems. Weitere wesentliche Bausteine sind weniger standardisierte Maßnahmen als vielmehr individuell ausgerichtete Begleitangebote, die auf die jeweiligen Unterstützungsbedarfe junger Menschen eingehen können, sowie die Modernisierung des Schüler-, Auszubildenden- und Studierenden-BAFöGs.

Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung: Es werden die rechtlichen Möglichkeiten einer Gleichwertigkeit geprüft (etwa im Rahmen des Deutsche Qualitätsrahmen für lebenslanges Lernen (DQR)). Aber auch auf der strukturellen Ebene wird die Gleichwertigkeit verfolgt, wie bei der Anpassung der Kosten im Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) oder der Annäherung des Angebots des Azubi- und Jugendwohnens an das Studierendenwohnen. Außerdem werden die Mittel für die Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung (ÜLU) deutlich erhöht, um die nötige Ausbildungsqualität zu gewährleisten sowie um die stark gestiegenen Personal-, Material- und Energiekosten zu berücksichtigen.

Bildungsgerechtigkeit gewährleisten: Der Zugang zu Bildung darf nicht von sozioökonomischer Herkunft, Religion, sexueller Orientierung, Geschlecht, Behinderung, dem äußeren Erscheinungsbild oder anderer Lebensumstände, wie dem Aufenthaltsstatus, abhängen. Bildung muss für alle zugänglich sein!

Partizipation und politische Mitbestimmung: Eine lebendige Demokratie setzt die frühzeitige Einbindung junger Menschen in politische Entscheidungsprozesse voraus. Daher ist es essenziell, das Wahlalter auf 14 Jahre zu senken⁷, um die politische Teilhabe junger Bürger*innen systematisch zu fördern. Darüber hinaus müssen Jugendparlamente und Jugendbeiräte mit verbindlichen Mitspracherechten in allen sie betreffenden Angelegenheiten – insbesondere auf kommunaler Ebene – gesetzlich verankert werden. Dies ermöglicht es Kindern und Jugendlichen, demokratische Prozesse aktiv mitzugestalten und politische Verantwortung zu übernehmen.

Stärkung der Bildungsarbeit: Neben Schulen spielen auch zivilgesellschaftliche außerschulische Organisationen eine wichtige Rolle in der Vermittlung demokratischer Werte und Kompetenzen sowie in der Förderung einer nachhaltigen und kritischen Urteilsfähigkeit und in der Aufklärungsarbeit gegen Fake News. Gegendarstellungen und Faktenchecks müssen

weiterhin fester Bestandteil der Bildungsarbeit sein. Deshalb muss demokratiefördernde politische Bildung weiterhin gefördert und ausgebaut werden!

Zivilgesellschaftliche Organisationen stärken: Kinder- und Jugendverbände sind essenzielle Werkstätten der Demokratie. Sie bieten jungen Menschen Räume, in denen sie Selbstwirksamkeit erfahren, demokratische Prozesse kennenlernen und sich aktiv in die Gesellschaft einbringen können. Daher müssen Jugendverbände als außerschulische Bildungsorte anerkannt und nachhaltig gefördert werden.

Abbau diskriminierender Sprache: Die Verbreitung von Vorurteilen und Stereotypen muss aktiv verhindert werden. Um Diskriminierung abzubauen, braucht es unter anderem Aufklärungsarbeit und Faktenchecks in den Sozialen Netzwerken.

Konsequente Strafverfolgung rassistischer Übergriffe: Diskriminierung und Hasskriminalität müssen entschieden geahndet werden, um Betroffene zu schützen und klare Grenzen zu setzen.

Gerechte und zukunftsorientierte Wohnpolitik für junge Menschen

Eine sozial gerechte und zukunftsfähige Wohnpolitik muss bezahlbaren Wohnraum für junge Menschen und kommende Generationen sichern. Das Wohnen allein hilft, Selbständigkeit zu entwickeln und Verantwortung für das eigene Leben zu übernehmen. Es fördert die Gestaltung eigener Werte, Routinen und Lebensweisen. Ein Umzug in eine eigene Wohnung ermöglicht eine Arbeit, Ausbildung oder Universität außerhalb des Einzugsgebietes des elterlichen Haushalts zu finden.

Um dies zu ermöglichen, müssen gezielte Maßnahmen ergriffen werden:

Gerechte Mieten und Chancengleichheit: Mietpreise müssen sozial verträglich gestaltet

und faire Bedingungen auf dem Wohnungsmarkt sichergestellt werden.

Leerstand bekämpfen: Unbewohnte Immobilien müssen dem Mietmarkt zugeführt werden, um Wohnraum für alle zu schaffen.

Diskriminierungsfreie Wohnungssuche: Persönliche Angaben zu Faktoren wie Name, Geschlecht, Beruf, Religion, Nationalität, Erscheinungsbild oder Alter dürfen keine Hürden bei der Wohnungsvergabe sein. Verstöße hiergegen müssen stärker geahndet werden.

Stärkung des gemeinnützigen Wohnungssektors: Deutschland braucht wieder mehr nicht-profitorientierte Wohnungsangebote, um bezahlbares Wohnen langfristig zu garantieren.

Sonderprogramm Junges Wohnen: Der Modernisierung und dem Neubau von Wohnraum für Auszubildende und Studierende ist von hoher

Dringlichkeit. Daher ist das Sonderprogramm „Junges Wohnen“ fortzusetzen. Dazu gehört auch die Reduzierung der bestehenden Zugangshürden unter anderem für gemeinnützige Anbieter im Bereich des Azubi- und Jugendwohnens.

Bessere Aufklärung über Wohngeld: Junge Menschen müssen umfassend über ihre finanziellen Unterstützungsoptionen informiert werden.

Die Kolpingjugend Deutschland fordert eine konsequente Umsetzung dieser Forderungen und Maßnahmen, um eine gerechte und zukunftsorientierte Politik für junge Menschen und nachfolgende Generationen zu gestalten.

Beschlossen durch die Bundeskonferenz der Kolpingjugend Deutschland in Augsburg am 22. März 2025.

¹ Konventionen über die Rechte des Kindes von unicef, Letzter Aufruf 22.03.2025

² Pressemitteilung Nr. N033 vom 1. Juli 2024 des Statistischen Bundesamts, zu finden unter:
destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/07/PD24_N033_63.html

Letzter Aufruf 22.03.2025

³ Von der Grundschule zur Hochschule: Wer kommt an? Der Bundeszentrale für politische Bildung vom 28.11.2022, zu finden unter:
bpb.de/themen/bildung/dossier-bildung/515729/von-der-grundschule-zur-hochschule-wer-kommt-an/

Letzter Aufruf 22.03.2025

⁴ Armut macht krank vom Bundesinstitut für Öffentliche Gesundheit vom 26.09.2024, zu finden unter:
infodienst.bzga.de/gesundheitsfoerderung/fachinformationen/armut-macht-krank/

Letzter Aufruf 22.03.2025

⁵ Wirksame Wege zur Verbesserung der Teilhabe- und Verwirklichungschancen von Kindern aus

Familien in prekären Lebenslagen der Heinrich Böll Stiftung und des Deutschen Kinderhilfswerks von Mai 2017, zu finden unter:

boell.de/sites/default/files/20170515_wirksame_wege_zur_teilhabe_1.pdf

Letzter Aufruf 22.03.2025

⁶ Artikel: Klimawandel – die größte Sicherheitsbedrohung unserer Zeit des Auswärtigen Amtes vom 26.04.2024, zu finden unter:

auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/klimaussenpolitik/klimasicherheit-2179664

Letzter Aufruf 22.03.2025

⁷ Beschluss der Kolpingjugend zum Wahlrecht vom 7. März 2021, zu finden unter:

kolpingjugend.de/service/beschluesse-protokolle/wahlrecht/

Letzter Aufruf 22.03.2025